

Ostland

Wochenschrift für den gesamten Osten

Herausgeber Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentlich, einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1,50 M., Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: für jeden Millimeter Höhe der Baselpalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1,20 M.

Nr. 46.

Berlin, 10. November 1933.

14. Jahrg.

Inhalt: S. 68: Aufruf. / S. 100: Willkür im Kampf für das Dritte Reich. — Der Obm. Kurnart hindert seinen Führer. / S. 69: Nationalsozialismus und Krieg. — Wann eintrifft Polen? / S. 102: H.C.D.-Führer mit dem Reichswahlleiter. / S. 103: Ostland-Worte. / S. 69: Ein Zitat von Prof. Dr. H. C. D. in Polen. — Die deutsche nationalsozialistische Bewegung in Ostland. / S. 105: Das Verstecken in Ostland. — Schwere Strafe Sühntage in Zang. / S. 106: Die Erinnerung an die Habsburger in Polen. — Der polnische Aufstand in Polen. / S. 69: Aus der Arbeit des H.C.D.

Zum letztenmal wird Sturmalarm geblasen!



Volksgenossen! Parteigenossen! Ostmärker!

Der Führer rief noch einmal zur Wahl. Wir folgen und werden unsere Stimme abgeben für die Politik und das Werk Adolf Hitlers, für Frieden und Ehre. Wir bezeugen durch unsere Entscheidung, daß der Wille des Kanzlers und seiner Regierung auch unser Wille ist, daß niemand Führer und Volk zu trennen vermag. Die Bundesführung ist gewiß, daß keiner aus den Reihen des BDO der Wahl fernbleibt. Wer seine Pflicht verlegt, schließt sich für alle Zeiten aus unserem Bund und unserer Arbeit aus.

Heil Hitler!

Dr. Franz Lüdtke. Dr. Ernst Otto Thiele.



Oberpräsident Gauleiter Wilhelm Kube, Schirmherr des BDO. In seinem Geburtstage am 13. November.

Wilhelm Rube im Kampf für das Dritte Reich.

Zu seinem Geburtstage am 13. November.

Von Wilhelm Müller-Rüdersdorf, Mitglied des Bundesführerrates des B.D.O.

Zu den treuesten, leistungsfähigsten, tapfersten, neuschöpferischsten in nationalsozialistischer Hinsicht vorbildlichsten und darum auch vertrautesten Mitarbeitern unseres Führers, des Volkskanzlers Adolf Hitler, zählt Gausleiter und Oberpräsident Wilhelm Rube.

Als einer der frühesten politischen Kämpfer völkischsozialer Richtung muß man den am 13. November 1887 zu Glogau geborenen Preußenführer Wilhelm Rube bezeichnen. Ja, auch der Ehrentitel eines Preußenführers gebührt ihm! Denn länger als zwei Jahrzehnte steht Wilhelm Rube im Kampfe um ein kernhaftes Preußenland und ein reichs-reines, unabhängiges Preußenreich, als Parlamentarier zuerst dem Reichstage angehörig, wor er bald der Kopf des Reiches des Deutschen Reiches in Preußischen Landtage. Als von dem Zeitpunkt an, da im Preußenparlament 6 Abgeordnete den harten Kampf für unser Vaterland führten aufnahmen und durchführten, bis zur letzten Zeit des Preußenparlaments, in der diesem 211 Nationalsozialisten angehörten, war Wilhelm Rube der Führer der Fraktion der NSDAP. Seine politische Sentimentalität, seinen klaren Verstand, seine leichten Reden, seinen unerschütterlichen Willen, unerschütterlichen Charakter, sein als sein Vater ist Offizier, wie er, stammt aus dem aus dem entzifferten Völkere Lande — seiner Rühmlichkeit im politischen Streifen, seiner formreichen Sprachgewalt, Schmelzbarkeit und Schöpfungsfähigkeit in geschichtlich tief und scharf begründeten Reden und Aufsätzen und nicht zuletzt seiner oft kollidierenden Hämorrhoiden und Weisheit — verdankt Adolf Hitler — außer der Macht seiner eigenen Partei — seinen Aufstieg zum ersten den Sieg der heiligen nationalsozialistischen Idee in Preußen. Durch seiner unerschütterlichen Aufsätze, Reden, Vorträge, Ansprachen und Erklärungen hat Preußenführer Wilhelm Rube — sein persönliches Wohl als ein Nichts abtend — während der Jahre ertüchtlichen politischen Ringens im marxistisch verkehrten, das Judenohr tragenden Preußenlande unsere gottgesandten Deutschenbeglückter Adolf Hitler Hauptidee geleitet.

Und nicht nur im Preußischen Landtage — wo jene Worte selbst von den kritischsten und lauten Gegnern als genügend hingenommen und aufmerksam beachtet wurden —, auch in den Vertragssätzen und auf den Verhandlungstischen neulich im Reichs Land Wilhelm Rube als einer der Sprachgenossen der deutschen Politik und Kultur stärkte Würdigung.

Wilhelm Rubes Aufsätze, Reden und Erklärungen haben immer „Hand und Fuß“. Als großer Historiker weiß er stets die Grundmomente und die große Linie im deutschen Staats- und kulturpolitischen Geschehen zu finden, und die richtigen herauszufinden, die richtigen Werturteile, Gemeinplätze in Schrift- und Redegaben, Verlässlichkeit, Vorgesamtheit, Trockenheit und ermüdende Richtigkeit liegt nicht jene Art. Im Gegenteil. Auch ist nichts Epigonisches, nichts Nachgemachtes in Wilhelm Rubes Schrift- und Redekunst.

Der Gau Kurmark huldigt seinem Führer.

Am 5. November waren im Berliner Sportpalast 15.000 Amtswalter des Gau Kurmark zum Appell angetreten. Der Tag, der im Zeichen der Volksabstimmung vom 12. November stand, war die erste große Versammlung des aus den alten Gauen Ostmark und Brandenburg zusammengesetzten Großgaues und zugleich eine Huldigung für seinen Führer, den Oberpräsidenten Wilhelm Rube, den Eroberer der Ostmark für die neue Adolf Hitler, den Führer des Bundes Deutscher Osten. Aus allen Ecken des Großgaues und besonders stark aus den Grenzgebieten im Osten waren die Amtswalter zusammengekommen, um gemeinsam mit Abordnungen der SA, SS, und des Arbeitsdienstes noch einmal vor der Entscheidung des 12. November dem Reichskanzler und seinem kurmarkischen Gausleiter treue Gelobnisse zu geben. Unter den Ehrentiteln befinden sich General Eickmann, die Regierungsräte, Kreispräsidenten und Landräte des Gaues, der Reichsführer des B.D.O., Dr. Rüdike, der Schirmherr der Landesgruppe Ostmark des B.D.O., Gruppenführer Rache, das Mitglied der Leitung Kurmark und des Bundesführerrates des B.D.O., Müller-Rüdersdorf, und viele andere Mitarbeiter des Bundes Deutscher Osten.

Gausführerführer Pollack eröffnete die erste Sonntags nach dem Siege der Schreibstube, indem er jedes Gedanke seit den toten Kameraden der SS, SA, SA und Hitler. Nach Eröffnung des B.D.O. und Reichsführer der SS. Himmler sprach Reichsmittler Dr. Goebbels:

Es war nicht das Entscheidende, daß wir 1918 die Waffen ablegten, sondern entscheidend war, daß wir uns damit auch des Willens zur Selbstbehauptung begaben. Dieses Deutschland ist mir, als die Welt von ihm verlangte. Es erfüllt Geist und Duldhaben des Reichsleiter Dr. Goebbels, und es hat darüber hinaus der Reichsleiter gegen Deutschland zur Grundlage des nationalen Denkens gemacht. Der Vertrag, der Vertrag hat nicht Deutschland allein, sondern die ganze Welt an den Rand des Abgrundes gebracht. Weltgeschichtliche Perspektiven sind Dr. Goebbels auf, als er die deutsche Revolution einreichte in die Weltgeschichte

Wenn man Preußenführer Wilhelm Rube — der nicht nur Geschichte schrieb, sondern in aller engerer Geschichte Adolf Hitler selbst Geschichte macht — mit einem der vorbildlichsten im Reich, den Reichstagen verglichen kann, so am besten mit unsern besten, unbedeutendsten Martin Luther. Wie Luther, so ward Rube von Gott die Genialität des Wortes und der Tat verliehen. Wie Luther — zu dem er als ein einer der größten Deutschen, als ein einem Unbedeutendsten, bewundernd und verbodend aufstaut — besitzt auch unser Preußenführer Rube die vollere „Kraft der freien Rede, die nicht nur die einfachen Leute aus „Maul“ taucht er tief in Volkes Weisheit und Wertgrund und braucht er gelegentlich seltene, derbe Volksausdrücke, die nur Schleimätheten wider das Seingelübte geben.

Eine weitläufige Anekdote von Aufsätzen und Reden Wilhelm Rubes läßt der Verfasser dieser Zeilen unter dem Titel „Rache der Aufklärung des Dritten Reiches“ lobend erscheinen (Berlag von Julius Wetz, Posen/Alaya-Berlin-Weipig). Diese wichtige, billige Ausgabe (jedes Buch kostet nur 80 Pf. kartoniert) ist auch mit Bildern ausgestattet.

Die hohe Schätzung, die unser Preußenführer Wilhelm Rube bei Adolf Hitler fand, und das besondere Vertrauen, dessen er sich beim obersten Führer erfreut, offenbaren sich vor allem darin, daß ihm Ministerpräsident Göring als Oberpräsident von Brandenburg und Berlin einsetzte. Mit der Verwaltung der preußischen Kammerling war Wilhelm Rube — der sich selbstständig stets in erster Linie als Berater sieht — ein hoch wichtiges und verantwortungsvolles Staatsamt übertragen. Und dadurch, daß er — der meistredende Weltmeister einer Pflichtenbesinnung — nachdem auch noch das Oberpräsident der Grenzmark Posen-Westpreußen übernahm, hat er sich die Aufgabe gestellt, dieses, notfalls deutsches Grenzgebiet im Osten — durch einen grandiosen Aktionsplan hauptsächlich — wieder zu einem einseitigen, friedlich-glücklichen Lande zu machen.

In seiner parteipolitischen Führerschaft als Gausleiter des ehemaligen Gau Ostmark der NSDAP, der ihm von der Welt seines neuen Großgaues Kurmark übertragen — das ganze Brandenburg gehört — untersteht, hat der Ostmarker Wilhelm Rube altzeitliche Reformen durch seine Erfolge geleitet.

Und daß er — der Irablen, tief ergründende Beweise oder Mittelmäßigkeit, selbstloser Aufopferung für leidende Volksgenossen und treuer Führerkonsequenz — sich als sicherer Schlichter und fruchtbarer Berater seines heutigen Reiches bis zum letzten Atemzuge erweist, dessen können wir gewiß sein!

Hier heute, da Preußenführer Wilhelm Rube in bester Schaffenskraft steht, haben wir vor allem den Wunsch, daß der Allmächtige ihm als einen der Hauptmeister am Bau des Dritten Reiches noch recht lange im engsten Kontakt unseres Volkskanzlers Adolf Hitler wirken lassen möge!

der Menschheit: Die christliche Revolution hatte nur einen einzigen Grund, den der Nächstenliebe, der aber so gewaltig war, Gleichheit, Brüderlichkeit. Und doch lag darin die schneidende Kampf-anlage an das damalige Europa des antiken Regime. So hat auch die deutsche nationalsozialistische Revolution nur eine einzige Parole: „Gemein und die Welt“ — ist so allumfassend, daß sie den Kampf bedeutet für das ganze öffentliche Leben. Heute hat die Bewegung die Periode ihres rein innenpolitischen Wirkens hinter sich. Jetzt sind wir vor die Notwendigkeit gestellt, uns mit der Welt geistig auseinanderzusetzen.

Dann sprach, von seinen Kurmarkern mit ungeheurer Jubel begrüßt, Oberpräsident Gausleiter Rube. Er riefte an die Amtswalter den Appell, bei ihrem Kampfe stets an die 2 Millionen Deutscher des Weltkrieges und an die 400 Taten der Bewegung zu denken und durch selbstliche Arbeit an der Erneuerung Deutschlands mitzuwirken zu erwählen. Am 5. März hätten noch rund 12 Millionen Deutsche marxistisch gehandelt. Diese 12 Millionen, die erblich schaffende deutsche Arbeiter leben, gelte es, der Nation zurückzugeben. Ein neuer Adel sei aufgehoben, ein Adel, der nicht erbt werden könne, sondern der durch Pflichtenfüllung im Dienste des Volkes erarbeitet werden müsse, ein Adel, der sich auszeichnete nicht in dem stillen Heldentum der Arbeit, sondern in der offenen, im Kampf mit dem Feinde, die immer verfolgt hätten, die seien national, aber nicht feilschlich. Wenn diese sich heute zu Hitler bekennen, so sei das sein Verdienst, sondern eine späte Erkenntnis. Auf jeden komme es an am 12. November, vor allem aber auf die, die früher, vor internationalen Marxisten in die Irre geleitet, nun Nationalsozialismus wieder in die Volksgemeinschaft zurückgeführt werden seien. Am 12. November müsse die Welt heißen: „Wer heute zu dem Adel gehört, der stimmt gegen Deutschland, der stimmt gegen die Ehre und Gleichberechtigung der Nation; der stimmt ab über die Weltanschauung der Welt. Am 12. November steht die Kurmark neben allen deutschen Gauen aus Nord und Süd, aus Ost und West in der ersten Reihe mit dem Erwerb bekennnis zum Führer!“

Nationalsozialismus und Offriede.

Von Dr. Franz Lüdtke.

Die Feinde im In- und Ausland haben dem um die Macht kämpfenden Nationalsozialismus immer wieder einen Vorwurf gemacht, der die "Wölfer" lächerlich und anmaßlich abtrümmig machen sollte. Es hieß, daß die Machtübernahme durch unfern Bedingung den Krieg bedeute, schon der SS-Anführer das Unlängste über die "Wohlfahrt" der Führer proklamierte in seiner ersten Kundgebung als Reichskanzler nicht den Krieg, sondern den Frieden.

Selbst hat Adolf Hitler sich immer stärker, immer eindeutiger zu einer großen Politik des Friedens und der Ausöhnung bekannt. Niemand kann an dieser Tatsache vorbeigehen. Zur Bewältigung politischer Lebensaufgaben müßte Hitler sich entrichten, aber das anhängige Ausland beruht auf und beginnt darüber nachzudenken, was der deutsche Nationalsozialismus eigentlich ist.

Nationalismus ist nicht Chauvinismus. Man könnte sagen, er ist das Gegenteil von ihm. Nationalismus ist das unbedingte Bekenntnis zur Nation, zu Volk und Staat. Aber gerade deshalb, weil der echte, wirkliche Nationalismus das eigene Volkstum liebt, vermag er auch andere Nationen anzuerkennen. Er verlangt keine Ausschließlichkeit für sich. Von jedem Liberalismus, der im politischen wie im wirtschaftlichen Leben den anderen zu unterdrücken versucht, ist er weit entfernt. Die Weltanschauung des Nationalismus beruht ja gerade auf der Tatsache, daß es viele Nationen gibt. Er betrachtet die Nation als etwas, was durch die göttliche Ordnung der Dinge gewollt ist. Der Chauvinist vereint das Recht der anderen Völker und heigert seine Ansprüche bis zu einem oft lebensfeindlichen Übermaß. Der nationalsozialistische Mensch und das nationalsozialistische Volk sind bereit, die Achtung, die sie für sich selbst verlangen, auch anderen zu zahlen; sie lassen für die Bejahung unter den Völkern (wie unter den Menschen) nur das Prinzip der Leistung gelten.

Der sozialistische Mensch und das sozialistische Volk bekennen sich zum Gedanken der Gemeinschaft unter den Einzelen wie unter den Völkern. Es bedeutet weder der Nationalismus noch der Sozialismus eine Schwächung des Friedens. Im Gegenteil, sie bedeuten erst den wirklichen, auf gegenseitige Achtung begründeten, nicht durch militärisch-technische Überlegenheit gesicherten Frieden.

Das Wirken derer, die das Werden eines nationalsozialistischen Volkes und Staates verhindern wollten und daher für ein "Pacifistisches" Propaganda trafen, konnte nur durch ein immer stärkeres Friedensbewusstsein der Nation und der Völker überwunden werden. Der Kriegsoffizier bezieht, die ein freies Deutschland nicht wollten, letzte Adolf Hitler eine Friedensoffensive entgegen. Doch wie in der Weltgeschichte ist ein so gemaltes Bekenntnis zur Volkserziehung erfolgt. Alle früheren Versuche, den Völkern Frieden zu liefern, sind in diplomatischen Spielereien leuchtungsgebunden, während die Völker bluteten und litten. In unserer Zeit sind aber auch die von der Mann, der es wagte, die massenlaufende Welt durch sein Wort vom Frieden zu entfesseln. Diese Welt der Kulturstufen, der Ehrgeizigen, der liberalistischen "Verdiener", ist unüberwindlich geworden. Nach der großen Friedensrede des Kanzlers im Mai war die Vermittlung in jenem Lager so groß geworden, daß man nach neuen Methoden zur Diffamierung Deutschlands suchen mußte. Die Abwicklungsaktionen wurde dazu ausgesetzt. Aber der Führer erwarb auf dieses Konzept und letzte der planmäßigsten Aufstellung der anderen nichts anderes entgegen als immer wieder jene erschütternde, "Ja zum Frieden."

Was die Gegner so in Erlaunen legt, ist die Aufrichtigkeit und Wahrhaftigkeit der Worte Adolf Hitlers. Waren sie kriegerisch, unermüdet, fähig, so würde es dem Gegner leicht zu tun sein zu zeigen. Aber, wie es die Welt zu sehen hat, so haben sie sich in der Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit der Selbstbewußtsein getragen; sie sind ein Bekenntnis zu dem, was der Tod, die noch über uns kommen kann, zu allem Zeiden, das uns der Welt die Welt nicht noch ertragen muß. Sie gründeten sich auf keinem billigen Optimismus, sondern auf einer harten Erkenntnis der Tatsachen. Ein Mann sprach und sprach immer wieder zur Welt, hoch, ererbenden Hauptes, ehrlich und inkunstfertig. Er verlangte den

Frieden, aber er verlangte zugleich die Ehre. Er verlangte nach 15 Jahren unterzeichnen, was der Ehre widerspricht. Er verlangte nach 15 Jahren sogenannten Frieden, der nichts anderes als eine Fortsetzung des Krieges war, der wirklichen Frieden nur auf der Selbstüberhebung des deutschen Volkes mit den anderen Völkern beruht. Er diskriminierte die Gegner noch gefahren nicht; er meißel aber auch die Diskriminierung Deutschlands nicht noch sich.

Im Nationalsozialismus ist der Frieden begründet, auch der Frieden im Osten. Auf die Frage eines englischen Korrespondenten, ob Deutschland Polen überfallen und mit Gewalt den Korridor zurückgewinnen wolle, erteilte der Führer folgende Antwort, die man sich nicht fest genug einprägen kann: "Es gibt überhaupt keine vernünftigen Menschen, der die Korridor-Frage als besonders übermäßigste Leistung der Friedenskonferenz bezeichnen könnte. Der Sinn dieser Frage konnte nur der sein, Deutschland und Polen für ewige Zeiten zu verfeinden. Niemand von uns denkt daran, mit Polen wegen des Korridors einen Krieg zu beginnen. Wir möchten aber alle hoffen, daß die beiden Nationen die sie betreffenden Fragen dererit leidenschaftlich besprechen und verhandeln werden. Es kann dann der Zukunft überlassen bleiben, ob sich nicht doch ein für beide Völker gangbarer Weg, und eine für beide tragbare Lösung findet."

In diesen Worten kann nicht gerüttelt werden. Sie bilden nicht, wie man es hineinslegen veruchte, einen Bericht Deutschlands auf das ihm entzogene Gebiet, auf die alten germanischen und deutschen Gauen an der Weichsel und Warthe, auf die Stätten jahrhundertelanger deutscher Arbeit und Kultur. Es handelt sich bei den Worten des Führers um kein sogenanntes Offizium, sondern einzig und allein darum, auch Polen die Hand des Friedens anzuzeigen und dabei die Überzeugung auszusprechen, daß einmal eine wirkliche Lösung der Korridorfrage gefunden werden wird.

Was unter der Tatsache des Korridors deutsche mit Polen leiden, hat der Führer in seinen Worten zur neuen Reichstagswahl zu klarem Ausdruck gebracht. Er hat gezeigt, wie man durch Verfall des Hof zu vermeiden sucht, daß dieser Frieden seinen Namen nicht verdient, weil er ewige Unruhe, Unruhe, Unzufriedenheit, Mißtrauen und Verneinung gebracht hat. Was dieser Friede mißtraulich sinnlos war, so war er auch politisch sinnlos. Als Beispiel dafür wies Adolf Hitler auf den Korridor: "Es gibt, so liegt er, in Europa Deutsche, es gibt Polen, die sich nicht verstehen können. Wir müssen zusammen müssen, nebeneinander und miteinander zu leben und auszukommen. Weder können die Polen das deutsche Volk aus der europäischen Landkarte wegdenken, noch sind wir unuerstänlich genug, etwa die Polen wegdenken zu wollen. Wir müssen, beide sind da, sie müssen miteinander leben. Warum legt man ihnen dann einen Gankelpf in ihr Leben hinein? Alles vermehren die Mächte damals. Warum müssen sie das tun? Nur um den Hof zu vermeiden, nur um Wölfer, die miteinander auskommen würden, in Zweifelsnacht zu führen. Es wäre wirklich möglich gewesen, leicht einen anderen Weg zu finden, um beiden Ländern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Aber man wollte das ja nicht."

Wie unter Kautler und Führer in jenen Worten die politischen Katastrophen der letzten 15 Jahre unterfunden. Über er begünstigte sich nicht damit, sondern wies Wege in die Zukunft. Er fand den Mut, an der Wende neuer Zeitalter — denn an einer solchen leben wir — auf das hinauszuweisen, was einzig und allein den Völkern not tut, Frieden, Arbeit, Ehre. Wölfer, die auf dem Boden des Christentums zu leben meinen, sind höhergerichtet und schmecken Waffen für einen an schmerzlichen nicht auswendigen Kampf. In dieser Situation ist es nicht möglich, die Bestimmung, sprach ein Mann das erste Wort. Wer aber folgen ihm und seiner Lösung. In uns lebt nicht der Haß gegen die anderen, sondern die unangenehme Liebe zu der eigenen Nation. In dieser Wende der Zeiten erkennen wir und wünschen, daß auch die anderen es erkennen mögen: daß Nationalsozialismus Frieden bedeutet, auch dem Frieden im Osten.

Wann antwortet Polen?

Am 3. November sprach der polnische Ministerpräsident Jendryczewicz anlässlich der Eröffnung des Wachauer Seim zur allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Lage. Die wirtschaftlichen Aufgaben, die er sich gestellt hat, setzen zu ihrer Lösung eine Reihe von Maßnahmen voraus. Diese Voraussetzungen sind in Polen gegeben. Das gegenwärtige Regime, das Polen seit dem Mai 1926 beherbergt, ist so fest in der Macht, daß es in der Lage ist, eine Politik auf lange Sicht zu betreiben. Aus der Seimrede Jendryczewicz ist zu entnehmen, daß die polnische Regierung an eine Reihe von Maßnahmen zu denken hat, die die Wirtschaft zu einem freudigen, wirtschaftlichen und oppositionellen Fortschritt bringen. Ein Vorberand steht bei der Frage der Verfassungsreform. Die Vorbereitungen scheinen nun endlich so weit gehen zu sein, daß

in absehbarer Zeit damit zu rechnen ist, daß das Verfassungsprojekt, das eine wesentliche Stärkung der Position des Staatspräsidenten und der Exekutivgewalt vorstelt, dem Seim zur Verabschiedung vorgelegt wird. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Seim ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß das Projekt trotz der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zur Annahme gelangt. Ein Verbot der oppositionellen Pinks- und Bauernparteien würde der Regierung über die Schwierigkeit, die sonst höchstens durch Zugeständnisse an die Autonomienkriterien zu umgehen wäre, hinweghelfen können; und es ist durchaus möglich, daß sich die Regierung, die in letzter Zeit mehrfach ernstlich gegen oppositionelles Verhalten ausgesprochen ist, zu einem Verbot dieser Parteien entschließen wird. Wenn es nötig sein wird, werden wir auch ein zweites Votum bereiten." Diese an die Oppositionsparteien gerichtete

Warnung des Regierungsabgeordneten Miedlinski werden sich die Leute, die einmal die Bekanntheit mit dem Wagnernum von Dörsch-Gloss gemacht haben, wohl sehr zu Herzen nehmen. Die politische Regierung verliert meistens über einrichtende Mittel, am besten Mittel für oppositionellen Gruppen zu unterstützen und sie ist offenbar auch der Meinung, daß ihre Politik die Billigung der polnischen Bevölkerung findet. So lehrte ich die Regierung ihrer Verliebtheit beim Volke allerdings nicht, daß sie es wagen würde, dem Beispiele der nationalpolnischen Regierung zu folgen und durch die Ausbreitung von Neuheiten die Probe aus Exemplar zu machen. Aber ob beliebt oder nicht, daran kommt es der polnischen Regierung nicht an. Es genügt ihr zu wissen, daß die innerpolitische Opposition nicht mehr ernstlich gefährlich zu werden vermag.

Was an der Sejmrede Jendrzejewicz vor allem auffällt, ist das, was in ihr nicht gesagt worden ist. Der Ministerpräsident hat darüber, wie er sich das künftige Verhältnis zu Deutschland vorstellt, über eine Angelegenheit also, die doch unweigerlich im Mittelpunkt aller polnischen Denkens in Polen steht, überhaupt nichts gesagt. Das ist um so auffälliger, als für Jendrzejewicz an sich genügend Veranlassung vorgelegen hätte, sich hierzu zu äußern. Deutschland hat in letzter Zeit wiederholt seinen ausföhrlichen Verhandlungsmitteln gegen Polen gegenüber behauptet; der Reichskanzler hat in seiner Rede wiederholt auch die Korridorfrage berührt, und außerdem schweben zur Zeit Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen, die nach deutlicher Absicht eine Regelung der seit Jahren durch den Zollkrieg gestörten wirtschaftlichen Verhältnisse der beiden Staaten herbeiführen sollen. Es liegt nahe, zu fragen, was die polnische Regierung von dem künftigen Verhältnis zu den deutsch-polnischen Wirtschaftsfragen, nach zu den schon bestehenden Verhandlungen, noch auch zu den deutschen Hinneilen auf die Preislosfrage Stellung zu nehmen. Es ist kaum denkbar, daß Jendrzejewicz etwa die Absicht gehabt haben soll, alle diese Dinge einfach „nicht zur Kenntnis zu nehmen“. Die Dinge liegen wohl so: Wader Davis nach London haben sich zu der durch den Austritt Deutschlands aus dem Völkerverbund und der Abbruchkonferenz geschlossenen Frage bisher geäußert, und darüber, was in Deutschland soll, besteht noch keinerlei Klarheit. Dem polnischen Regierungschef mag es unter diesen Umständen nicht rasch am erscheinlich sein, sich als erster zu den von Deutschland aufgeworfenen Fragen zu äußern. Er mag es für klüger gehalten haben, erst einmal die anderen, nach deren Haltung Polen in letztem Endes seine Politik bestimmen muß, zu Worte kommen zu lassen und sich abzusetzen, am 12. November die Volksabstimmung in Deutschland ausstellen und methen Wiederhol sie im Auslande heranzuführen wird.

Auders als die Regierung hat die Presse, namentlich die Reichspressen in Polen mit genobener Verantwortlichkeit zu der deutschen Preislosfrage Stellung genommen. Allerdings hat sie das in einer Weise getan, die im allgemeinen meist Verhängnis für den Willen zur Uebersetzung vertritt, der den Rationalismus bei einem außenpolitischen Auftreten besetzt. Die Preislosbekundungen Deutschlands werden zwar nicht verschwiegen, hin und wieder sogar mit einigen

freemüthigen Randbemerkungen versehen —, im übrigen aber wird mehr oder weniger dringend darauf gemacht, dem deutschen Preislosenwillen zu trauen. Derselben ist in dieser Hinsicht ein Artikel des „Kurjer Powsny“, in dem sich dieses Blatt der Posener Nationaldemokraten mit dem Reichskanzler des Reichskanzlers die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung der Korridorfrage befaßt. Auch die dem Hintergrund der Preislosfrage der Reden Hilters klinge die Wendung über Dörsch-Gloss geradezu paradox; Deutschland müßte schließlich verstehen, daß von irgendeiner friedlichen Regelung der pommerellischen Frage nicht die Rede sein könne. Wer diese Frage aufwerfe, wer die Frage des Krieges auf, auch wenn er seine Forderungen in die friedlichsten Sormulierungen kleide... Der Gedanke, daß es überhaupt im Bereiche des Möglichen liege, anders als mit Schwert und Giftlos sich über die Ostgrenzenfrage zu unterhalten, ist dem „Kurjer Powsny“ nach wie vor völlig unfaßbar. Die polnische Presse beschränkt sich nicht darauf, Mißtrauen gegen die Ehrlichkeit der deutschen Preislosenbereitschaft zu säen. In ihrer Haltung gegen Deutschland hat sich, wenn man auch eine gewisse Auflockerung der Meinung feststellen kann, im Grunde nur wenig geändert. Während Deutschland täglich neue Beweise seiner Bereitwilligkeit zur Verhandlung gibt, während das deutsche Volk geschlossen an die Wahlurne tritt, um seinen einseitigen und festen Willen zur friedlichen Beilegung aller außenpolitischen Streitfragen zum Ausdruck zu bringen, während die deutsche Regierung erklärt, daß sie bereit ist, selbst das letzte Maßsineinwände zu erklären, wenn die anderen Mächte sich entschließen würden, dasselbe zu tun, sind in Polen noch die schlimmsten Verhandlungen möglich, in denen der Raub weiterer deutscher Gebiete verhandelt wird. Es ist Polen möglich, daß j. B. in einer Kundgebung des Westmarkenvereins, die am 5. November im Rastowitzer Stadtheater stattfand, ein Redner erklärte, es sei der größte Fehler des Versailles Diktates gewesen, daß Ostpreußen bei Deutschland gelassen wurde, und es sei eine der vorbringlichen Aufgaben der gegenwärtigen polnischen Generation, die „Gefahr“ zu beseitigen, die dem polnischen Staat von diesem deutschen „Böheim“ her droht. Es ist an sich wenig glückselig, was die Remotus und Rierkies über die politische Zukunft Ostpreußens denken. Nicht gleichgültig aber ist es, daß diese Deuten von Seiten der polnischen Regierung die Freiheit gelassen wird, in dieser insamen Weise gegen Deutschland zu hetzen und die Bevölkerung Polens gegen einen Staat und ein Volk aufzuwachen, die in Wort und Tat täglich aus neue beweisen, daß sie nichts anderes wollen, als in Frieden ihrer Arbeit zu leben. Die polnische Regierung hat kein Recht, sich zu freischweben und loyal zu beistimmen, solange sie nicht ihre staatlichen Machtmittel gegen diese verderblichen Hetzer und geistlosen Seelenteure des europäischen Friedens einsetzt und solange sie müßig, daß die deutschen Volksgenossen in Polen schwachen dem Treiben polnischer Preisloser und Kartennemacher ausgeliefert bleiben.

Deutschland bietet den Frieden. Es ist nun an der polnischen Regierung, sich zu diesem Angebote zu äußern. Sie steht innerpolitisch fest genug, um das, um den Elementen, die den Frieden mit Deutschland nicht wollen, das Sonderrecht legen zu können. Sie list je sehr in der Markt, daß sie es schließlich auch wagen könnte, ihre Außenpolitik einmal ohne die Zustimmung des Westmarkenvereins zu betreiben.

Dr. Kriebel.

BDG.-Führer auf dem Reichswahlvorschlag.

Der vom Reichskanzler Adolf Hitler geführte Reichswahlvorschlag der BDP, umfaßt 685 Namen. Unter diesen befinden sich eine ganze Reihe von Männern, die in Kämpfe um und für den deutschen Osten führend hervorgetreten sind und heute zu den führenden Persönlichkeiten des Bundes Deutscher Osten gehören:

- Reichsleiter Alfred Rosenberg, Leiter des Außenpolitischen Amtes der BDP;
 Oberpräsident Gauleiter Wilhelm Krüger, Schirmherr des Bundes Deutscher Osten;
 Oberpräsident Gauleiter Erich Koch-Ringasberg i. Pr., Schirmherr der Bundesgruppe Ostpreußen und Mitglied des Bundesführerrates des BDO;
 Oberpräsident Gauleiter Helmuth Brückner-Breslau, Mitglied des Bundesführerrates und Schirmherr der Bundesgruppe Schlesien des BDO;
 Reichsstatthalter General Ritter von Epp-München, Mitglied des Bundesführerrates des BDO;
 Staatsminister Hermann Essler-München, Schirmherr der Bundesgruppe Bayern-Pfalz und Mitglied des Bundesführerrates des BDO;
 Reichsstatthalter Gauleiter Wilhelm Seppert-Düsseldorf, Schirmherr der Bundesgruppe Rhein-Ruhr des BDO;
 Reichsstatthalter Gauleiter Martin Muthmann-Dresden, Schirmherr der Bundesgruppe Sachsen des BDO;
 Reichsstatthalter Gauleiter Fritz Saukel-Weimar, Landesführer Thüringens des BDO;
 Ministerpräsident Manfred von Killinger-Dresden, Mitglied des Bundesführerrates des BDO;
 Staatsminister Gauleiter Hans Schlemm-Bayreuth, Mitglied des Bundesführerrates des BDO;
 Landesbaupfann Interregaleiter Josef Joachim Adamek-Oppeln, Mitglied des Bundesführerrates des BDO;

Vollzepräsident SA-Obergruppenführer Edmund Heines-Breslau, Mitglied des Bundesführerrates des BDO;
 SA-Gruppenführer Georg Graf-Schierhorn, Bad. Frankf. (Oder), Schirmherr der Bundesgruppe Ostmark des BDO;
 Regierungsrat und Referent im Reichsministerium des Innern Dr. Georg Uffel-Werlin, Leiter der Abteilung für Ostflulung im BDO;
 Wolfgang Graf Yorck von Wartenburg-Schleibitz, Landesführer Schlesien des BDO;
 Stadtrat Reichsleiter Martin Ullrich-Frankfurt (Oder), Mitglied des Bundesführerrates Ostmark des BDO.

Außer den erwähnten sind noch eine große Anzahl weiterer markanter ostheutscher Namen auf dem Reichswahlvorschlag zu finden; so j. B. Gauleiter Wilhelm Karpenstein-Stettin; Oberbürgermeister Max Sillach-Eisenburg (OS); Landesgruppenführer Hans Slamik-Wlohschewitz (Kr. Neudorf OS); Kandidat Interregaleiter Werner Schumacher-Jelenig (Pfalz); Landrat Otto Mergel-Melstich u. a. m.

„Das gleiche Recht der Völker nur allein kann auf die Dauer einen wirklichen und wahrhaften Frieden gründen. Indem wir diesen Kampf durchführen, kämpfen wir nicht nur für uns, sondern letzten Endes auch für die Gemeinschaft der Völker. Wenn Ihr am 12. November in unsrer Sache, zu Eurer Sache steht, dann steht Ihr damit zum deutschen Volk und zum Deutschen Reich.“

Adolf Hitler.

(Sotsetzung.)

Das Parteiwesen in Lettland.

Das bolschewistische Lettland kommt für die Politik des „Perkonkruts“ ebenfalls nicht in Frage. Die Politik Frankreichs gegenüber Lettland wird im Zusammenhang mit Herriots Reise scharf kritisiert. So ergibt sich eine Abspaltung Lettlands nach allen Seiten, deren Unmöglichkeit die Leitung des „Perkonkruts“ wird einsehen müssen. Über den Grund für diesen äußeren Eiferungen Gelmins können wir nur verschiedene Vermutungen anstellen, von denen der Voger des Perkonkruts kommen. Die erste erklärt diesen Schritt damit, daß die in letzter Zeit erfolgten Angriffe in der Presse gegen den „Perkonkrut“, der mit dem Nationalsozialismus Hilters zusammengeht und von ihm finanziell unterstützt wurde, sowie weiter auch verschiedene starke chauvinistische Strömungen im eigenen Voger ihn, Galtso Gelmin, genugsam, freilich ursprüngliche hochschichtig, seinen Standpunkt in dieser Hinsicht bekanntzugeben (also doch schon festgelegt). Die zweite Version ist mehr als eine Vermutung anzunehmen, obwohl sie auch aus der nächsten Umgebung Gelmins kommt. Sie will wissen, daß Gelmin von einem Teil seiner eigenen Anhänger, die ihm abnehmend gegenüberstehen, zu diesem Schritte abgedrängt worden sei. Die Opposition erwartet dabei, daß sich in absehbarer Zeit die Unabspaltbarkeit der proklamierten „Programmpunkte herausstellen werde, d. h., daß sich Gelmin als Führer des Perkonkruts unmöglich machen werde. Hinter den so eingestellten Mitarbeitern Gelmins stehen Kreise des Bauernbundes stehen. Diese Vöger entbehrt nicht einer gewissen Wahrscheinlichkeit, da der Bauernbund in der deutschbaltischen Einstellung des „Perkonkruts eine Verletzung seiner Interessen sieht, die durch die abnehmende Haltung Deutschlands in wirtschaftlichen Fragen (Wuttrexport) erfolgen könnte.

Es bleibt abzuwarten, wie lange diese lokal-deutschbaltische Einstellung des Führers Galtso Gelmin andauern wird. Da unter den Anhängern des „Perkonkruts eine Anzahl deutschfreundlicher Gesinnter zu finden ist, außerdem in absehbarer Zeit große Kreise der lettischen Intelligenz, die die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit Deutschland anerkennen, sich dem „Perkonkrut“ anschließen werden, ist wohl anzunehmen, daß die deutschfeindliche Einstellung Gelmins nicht auf die Dauer vorberstehen wird.

Reben der Partei besteht der Verein „Eerijas Sargs“ (Wächter der Heimat), der die geistige und körperliche Ausbildung der Parteimitglieder zur Aufgabe hat. Die Partei verfügt über zwei Zeitschriften, den „Perkonkrut“ in Riga und die „Bentas Wolk“ in Windau.

2. Die lettischen Nationalsozialisten unter Führung J. Schemlmachers. Sie spielen früher eine größere Rolle, ihre Zahl wurde auf etwa 3000 geschätzt. Seit Schließung der Partei und nachdem sich der Führer durch zu harte Anfeindungen aus dem deutschen Nationalsozialismus unbefreit gemacht hat, ist die Zahl seiner Anhänger stark zurückgegangen. Sie sind vielfach in den „Perkonkrut“ übergetreten. Der Führer, J. Schemlmader, ist als Persönlichkeit unbekannt. Der Mann Schemlmaders, wie als Persönlichkeit (Blauer Adler) erscheint einmal wöchentlich.

3. Die nationale Vereinigung „Regionars“ (Der Regionär). Wie Gelmin der Rame sagt, rekrutiert sich diese Vereinigung zum größten Teil aus Kräften des Heeres und der Schutzes. Ihre Ziele sind ähnlich denen des „Perkonkruts“. Die Organisation ist unbedeutend. Ihre Führer sitzen zur Zeit im Gefängnis. Sie spielte bis vor den letzten Soemionoblen eine große Rolle im politischen Leben des Landes. In den letzten zwei Jahren, seitdem ihr Exponent, „Aroed Berg“, nicht mehr Mitglied der Soemio ist, hat sie an Bedeutung stark verloren. An der letzten Zeit tritt das „Blett der Partei“, der Soemionoblen, antinationalistische Propaganda wieder stark hervor. Auch am parlamentarischen System wird scharfe Kritik geübt. A. Berg selbst in neuen Verhörungen zum „Perkonkrut“, einige Glieder desselben arbeiten in der Redaktion des „Catois“. Berg selbst ist mit dem Führer des „Perkonkruts“, Galtso Gelmin, verwandt.

4. Die in Eubau befindliche Vereinigung „Manu Sontes“ (Unter Front mit einer Zeitschrift gleichen Namens. Sie ist örtlich beschränkt, lebt aber in Beziehung zum „Soemionoblen“ und der Rekonorganisation des „Perkonkruts“, wodurch ihre Einflüsse gekennzeichnet sein dürfte. (Schluß folgt.)

Schwarz-rote Sabotage in Danzig.

Zwischen dem Senat der Freien Stadt und den schwarz-roten Parteileuten in Danzig ist es zu einem schmerzhaften Konflikt gekommen. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß sich die nationalsozialistische Regierung Danzigs den Exponenten eines korrupten Parteiensystems gegenüber sehr und geschicklich durchsetzen wird. Schon seit längerer Zeit gesteht sich die schwarze Partei die Anhängerschaft der Bevölkerung an und die sozialdemokratische „Volksstimme“ hat in ausgesprochener Weise an der Personalpolitik des Senates herumnörgeln. Als dieses böswillige Treiben überhand nahm und dem Senat schließlich Verfassungsverstoß vorgeworfen wurde, haben sich die Behörden zum Einschreiten gezwungen: Die „Landeszeitung“ wurde vom Polizeipräsidenten am 3. November die am 11. November ebenfalls die „Volksstimme“ auf dem Senatsgebäude verboten. Die betroffenen Verlage antworteten auf das Verbot mit einer Beschwerde an den Senat. Bevor nun der Senat zu dieser Beschwerde Stellung genommen hatte, bevor also der durch die Gesetze vorgeordnete Rechtsweg erschöpft war, wandten sich die Verlage mit einer weiteren Beschwerde an den Völkerbundskommisitar mit dem Ersuchen, gegen den Senat wegen Verfassungsverstoß ein Verbot einzuleiten. Der Komisitar hat die Beschwerde an den Generalleutnant Völkerbundesweiterteilheit mit der Bitte, sie dem Völkerbundrat als dem Garant der Danziger Verfassung zu unterbreiten. Der Verlagsleiter und der Hauptgeschäftsführer der „Landeszeitung“, sowie der Leiter der „Volksstimme“ wurden in Schutzhaft genommen. Viele Maßnahmen war notwendig, die in der nächsten „Parteiwoche“ veröffentlicht werden und in der nächsten Nummer der Freiheit der Freien Stadt Danzig erlitten werden mußte. Da sich die Zentrumspartei weiterhin mit den Pressebildungen solidarisch erklärte, beschloß der Senat, jene Beziehungen zu den Vorstandsmitgliedern dieser Partei abzubrechen. Inzwischen sind beim Völkerbund einige weitere Beschwerden von sozialdemokratischer Seite gegen den Senat eingereicht worden.

Die schwarz-roten Parteileute sehen sich also nicht, Danzig in eine republikanische Demokratie einzuführen, weil sie für die innerpolitische Manipulation ihrer Partei fürchten, weil ihrer Ansicht nach Zentrumslaute und -angehörige zu Unrecht aus dem Dienst entfernt worden sind. Viele Leute sind also der Meinung, daß alle die Zentrumslaute, die im Laufe der Jahre, in denen Schwarz in Danzig Kampf war, auf mehr oder weniger krummen Wegen in öffentliche Ämter gebracht worden sind, ein vertriebenes und womöglich sogar moralisches Recht darauf hätten, auf ihren Posten bleiben zu werden. Es ist aber klar, daß diese Manipulation die für das Zentrum der Danziger durch eine recht freiwürdige Personalpolitik der Behörden und Ämtern gesichert hat, für eine nationalsozialistische Regierung um so unerträglicher ist, als sich das Zentrum dem Gedanken der Volksgemeinschaft gegenüber scharf ablehnend verhält. Es ist unmöglich, daß ganze Bevölkerungszüge in einem nationalsozialistisch geführten Staate von den Exponenten einer politischen Gruppe beschützt bleiben, die offen und verkehrt die

Friedens- und Aufbauarbeit der Regierung behindert und sabotiert. Sicht hier über einen Verfallungsbruch zu beschweren, haben die Leute am wenigsten ein Recht, die, als ihr Wozen noch blühte, keine Bedenken trugen, Anhörige der NSDAP, ausgaben der schwarzen oder roten Senats aus Amt und Stellung zu sagen. Es ist für die politische Geschicklichkeit dieser klerikalen Parteigänger, bedenklich, daß sie in Danzig, in der Fiktion gegen ihre eigene Regierung gehen und daß sie versuchen, den Völkerbund gegen Danzig gerade in einem Augenblicke zu mobilisieren, in dem die Deutsche Reichsregierung diese Institution verlassen hat, weil sich ein weiteres Verbleiben dort mit der Ehre und dem Ansehen des deutschen Volkes nicht länger vereinbaren läßt. Das Verhalten der Zentrumslaute ist ein Anschlag auf die Sicherheit und Souveränität der Freien Stadt Danzig. Der Völkerbund hat kein Recht, sich in die innerpolitischen Angelegenheiten Danzigs zu mischen, am wenigsten dann, die Beschwerden selbst unter Druck der geltenden Gesetze an ihn gelangen sind. Dagegen haben Volk und Senat der Freien Stadt das Recht, die inhumanen Saboteure des friedlichen Aufbaus unmissbar zu machen. Demnach der Weiter schwarz-roten Parteileuten höher steht als das Wohl der Gesamtheit, Senatspräsident Dr. Raufschning hat am 6. November der Presse erklärt: Bisher habe die Regierung durchaus loyal bei der Befolgung der Beamtenstellen auch auf die Angehörigen anderer Parteien Rücksicht genommen. Jetzt aber werde sie rückwärtslos alle dem Zentrum angehörigen Beamten entlassen oder entlassen oder auf andere Posten versetzen, auf denen sie keinen Schaden anrichten könnten. Auch gegen die Sozialdemokraten werde sie jetzt mit den schärfsten Mitteln vorgehen. So werden die Betreuer eines korrupten Systems schließlich selber die Opfer des Angriffes sein, den sie gegen den Staat zu richten gedenken.

„So wie am 5. März das deutsche Volk sich entscheiden mußte über den Kurs im Innern, so muß es sich am 12. November entscheiden über den Kurs nach außen. Es muß sich klar entscheiden, ob es will, daß die Ehre der Nation und ihr gleiches Recht in der Zukunft vor der ganzen Welt offen und frei vertreten werden soll. Es muß sich entscheiden für einen Weg, der im ersten Augenblick vielleicht schwer sein kann, der aber unjener Überzeugung nach auf die Dauer eine große Nation allein in ihrer Größe zu erhalten vermag.“

Adolf Hitler.

Zur Erinnerung an die Akademie Polen.

Von Prof. Dr. Paul Szymank - Göttingen.

Schon in vorwärtlicher Zeit wünschten die preußischen Polen, in der Stadt Posen eines ihrem völkischen Eigenleben dienende Universitäts zu erbauen. Sie waren bis etwa 1896 in der Ostmark fast die alleinigen Vertreter des Hochschulgedankens, und erst im Jahre 1897 begann auf deutliche Seiten eine zunehmende Parallelbewegung, welche die Schaffung einer rein deutschen Universität in der Provinz Polen, und zwar in Posen oder in Bromberg, erstrebte. Es setzte demals um die Ausgestaltung dieses Gedankens ein literarischer Kampf ein, der mit längeren Pausen bis zum Jahre 1914 dauerte. Nach dem Untergang, das der Berliner Rechtslehrer Prof. Dr. Heinrich Wuttner 1892 veröffentlichte und das selbst das Programm für die öffentliche und politische des Ostmarkensprengels bildete, war für die Regierung, welche „ein juristisch ungelöstes nicht ungeschickliches Experiment“ vermeiden wollte, die ostmärkische Universitätsfrage zunächst erledigt, und als Ergebnis einer polnischen Universitätsfreunden und Universitätsfeinden vermittelnden Stellungnahme trat am 4. November 1905 die Königliche Akademie zu Posen ins Leben. Sie hatte eine hochschulpädagogisch und einrichtungsgeschichtlich bedeutsame und neuartige Kulturplanung der für das preußische Hochschulwesen so wichtigen Zeit Friedrich Wilhelms dar, über den Zweck der neuen Gründung sprach sich der Kultusminister Dr. Studt bei der Eröffnung in knappen, vorfindigen Worten aus.

„Nachdem Westpreußen seine Wünsche durch Errichtung einer Technischen Hochschule sich erfüllen ließ, regte sich auch neu auch in der Provinz Polen das Verlangen nach einem Brennpunkt wissenschaftlichen Lebens und künstlerischer Schöpfung. Der heutige Tag bringt diesen Wunsch zur Verwirklichung in einer Form, welche den Verhältnissen der beteiligten Gebiete angepaßt ist. Die neue Hochschule stellt keine Universität im eigentlichen Sinne dar. Sie ist nicht bestimmt für die Heranbildung der akademischen Jugend. Sie soll vielmehr den verschiedenen Berufsständen und geistigen Bedürfnissen dienen. Sie ist also berechtigt auf alle Gebildeten und kann nur gegeben, wenn diese mit ihrem Wohlwollen ihren Anteil an der Sache mitbringen. Die Reichhaltigkeit des Vorlesungsverzeichnisses bietet jedem eine Sache. Dem deutlichen Geistesleben soll die Hochschule dienen. Undem sie das tut, wird sie die Interessen der Gesamtheit der Bevölkerung, also auch derjenigen fördern, welche jetzt noch abseits leben, oder offensichtlich bald erkennen werden, daß es ein Friedensmerk ist, welches hier nimmer in Wirklichkeit treten soll.“

Nichtete der Minister mit dem Hinweis auf den Kostengeld seinen Appell an die deutsche Bevölkerung, so dachte er bei der Charakteristik der Akademie als „Friedensmerk“ an die Polen. Diese waren aber ihrer schwerer Katastrophe und lebensschwierigen Abzweigung in Jarokam Miße. Der „Dienlich Posenakt“ vom 5. November 1905 machte sich in ihrem Westführer, indem er die neue Hochschule als „missionarische Ambrosie“ rühmte und scharf ablebte, und die Gesänge des „Polener Klirkerseminars“ deutworteten die durch Erblichheit von Stablenki an sie gerichtete Auforderung zum Besuche der Akademie mit einem — allerdings missglückten — Streik. Mit dieser Stellungnahme des Parlamentes war die zukünftige Richtung der Entwicklung bestimmt. Die Hoffnung der Schöpfer, daß die neue Hochschule zur Verfestigung der nationalen Gegensätze beitragen und die Ostmark in friedlicher Weise für Preußen geistig erobern werde, hatte sich als eitel erwiesen; und die Akademie mußte sich hinfort lediglich auf das Deutschland der Provinz stützen und versuchen, eine Hochschule deutscher Bildung und deutscher Wissenschaft zu werden.

Als Volkshochschule ohne irgendwelche Verechti-

gungen trat die Akademie ins Leben, und sie behielt diesen Charakter bis zuletzt. Sie begann ihr erstes Semester unter dem Rektorate von Prof. Dr. Kühnemann mit einem Stabe von 13 Professoren, 4 Dozenten und 12 Dozentgehilfen. In der Zahl der Hochschullehrer kam es 1906 noch einmal zu einer Vermehrung, aber in der Gesamtziffer trat sehr bald ein Rückschritt ein, so daß schließlich während des Weltkrieges nur noch 13 Lehrende an der Hochschule wirkten. Die Tätigkeit der Dozenten war sehr umfangreich: Außer den Vorlesungen und seminarähnlichen Übungen hatten sie Fortbildungskurse verschiedener Art durchzuführen und die „Deutsche Gesellschaft“ durch Vortragsreisen in die Provinz zu unterstützen. Gerade dieser letzte Teil ihrer Arbeit scheint heute die größte Bedeutung zu haben, während doch von Polener Dozenten in der Zeit vom Winterhalbjahr 1905/06 bis zum Winterhalbjahr 1908/09 im ganzen 394 Vorträge auswärts gehalten.

Wie stand es nun mit der Gesamteinwirkung der Akademie auf das geistige Leben der Ostmark? Zweifellos lenkte die Hochschule, der ihr gestellten Aufgabe entsprechend, einen starken Strom deutschen Geistes in die Provinz Posen. Aber bei aller Anerkennung das von ihr Geleisteten muß man doch sagen, daß die Idee der bloßen Volkshochschule in Posen Schiffbruch gelitten hat. Nicht nur die immer mehr abnehmenden Zahlen der Hörerschaft benehmen dies, sondern die Regierung selbst erkannte es an, indem sie 1910 ohne Übergang, der Akademie bestimmte Vergünstigungen zu gewähren, die die Anwesenheit von Akademikern an den Universitätsstudien der Philologen und die Einbringung von Diplomprüfungen (die allerdings zu nichts berechtigten). Aber zu Fortschritten größeren Stiles ließ sich die Regierung nicht veranlassen; unter dem Druck unzufriedener politischer Gruppen, vor allem des Ostmarkvereins, setzte sie den u. a. von Friedrich Paulsen beschirmten und vom Oberpräsidenten Schwarzkopf erstrebten Ausbau der Akademie zu einer Universität ab; ja nicht einmal die Schaffung einer philologischen Fakultät konnte zu Stande; und die auf den nationalen Gegensätzen beruhende tiefe Krieger, welche über dem Geistesleben der Ostmark lastete, offenbarte sich in den literarischen Kämpfen um die Ausgestaltung des Polener Hochschulgedankens mit erschütternder Deutlichkeit. Wenn man die Volkshochschule dauernd hätte halten wollen, so wäre die Verfürgung von erschlafften Verdrückten, die auch rednerisch auf der Höhe standen, vermieden gewesen. Die Anwesenheit von Akademikern und Studenten, die an der Akademie wirkenden Hochschullehrer in ihrer Beschäftigung nicht diejenige Befriedigung, die ihnen eine Universität gewährt, so sie ihre Darbietungen einerseits auf einem höheren Niveau zu halten, andererseits im Verkehr mit wissenschaftlich vorwärtsbreitenden Studenten vielerlei Anregungen zu empfangen vermöchten, dürfte sich nicht als ein so angenehmes nach kurzer Zeit von Posen wieder fort, um zu germanen die Akademie — zumal bei den akademisch Gebildeten — nicht das Ansehen, das sie zum Mittelpunkt des höheren missionarischen Geisteslebens des ostmärkischen Deutschlands hätte machen können. Auch trag sie zu sehr den Charakter einer offiziellen Einrichtung, die dem unter besonderen Bedingungen erwachsenen deutlichen Geistesleben der Ostmark zu wenig Rechnung trug und daher auch mit diesem niemals wirklich organisch verwauchs.

Mit der Schließung der Akademie durch den Obersten Polnischen Volksrat am Ende des Wintersemesters 1918/19 verlor das Deutschland der Ostmark einen trotz allem wertvollen Sammelpunkt und das gesamtdeutsche Geistesleben einen wichtigen Borepellen. Durch die Begründung einer polnischen Universität ward Polen zu einem Volkswort polnischen Geisteslebens, dessen Grenz sie damit bedeuten nach Westen verschob.

Der polnische Aufstand in Polen.

(22. Fortsetzung.)

Von Hermann Pischke.

Die Vertretertagung der deutschen Volksräte in Posen am 12. Dezember 1918.

Die Bewegung zur Gründung deutscher Volksräte hatte in der Provinz Polen im letzten Drittel des Monats November von Tag zu Tag zugenommen. Allen voran gingen die Westpolener Volksräte. Sie veranstalteten eine Reihe von Kundgebungen in ihrem Bezirk. Die Zahl der Versammlungen stieg fortgesetzt. Auf einer gemeinsamen Sitzung am 2. Dezember wurde bereits der Zusammenfluß der Westpolener Volksräte beschlossen und der Beschluß der Reichsregierung mitgeteilt. Zugleich wurde die Anerkennung der Organisation durch die Reichsregierung beantragt. Auch nach Polen, in den Westpreußen und nach Südpolen waren Versuche ergangen. Es ist bezeichnend, daß selbst diese frühe Bewegung in ihrem Auftrag bei der Reichsregierung vor allem Gleichberechtigung mit den polnischen Volksräten sowieso als höher nach der Regierung aufstellte. So sehr fühlte sich das Deutschland selbst in den Westpolener Bezirk bereits von seiner Regierung und von den revolutionären Organisationen verlassen. Darüber hinaus griff man auch zur Abwehr gegenüber den Übergreifen der Polen. Am 5. Dezember fand in Wohlstein wiederum eine größere Versammlung statt. Über die Stimmung gibt folgende Entschlossenung Kunde:

„Gegenüber der in deutschen Zeitungen erschienenen Bekanntmachung des polnischen Volksrates in Posen stellt der deutsche Volksrat Westpolsens folgendes fest:

1. An den Entschlossenungen der deutschen Volksräte über polnische Nachbarn hat Deutschland es nicht um „abenteuerrische Gerüchte“, sondern um Tatsachen, die unabweislich feststehen und sich von Tag zu Tag wiederholen.

2. Wenn das polnische Volk jetzt aus „langar, politischer Knechtschaft“ erwacht, so dankt es dies allein der Weisung durch das liegriecher deutsche Heer im Jahre 1916. Bei diesem Verhältnis von Befreier und Befreierten halten wir es jetzt mit der Ehre eines der Knechtschaft entlassenen Volkes für unabweisbar, daß sich dieses an dem Befreier und Befreiungser seines Staatsoberhauptes vergreift.

3. Daß „das freilebende“ Polen fast jeder der Ort und die Zuständigkeiten der Westpolener und Schätten ersetzen ist, widerspricht den geschichtlichen Tatsachen. Das neue Deutschland, das in 24 Stunden auf unbilligsten Wege die größte staatliche und wirtschaftliche Umwälzung vornahm, sieht in dem Programmstreitungen von Vemberg und Warschau Wiederholungen barbarischer mittelalterlicher Willkürherrschaft, gegen die das deutsche Volk freibleibig Vorstandsregeln ergreifen muß.

4. Die Erklärung, daß die Polen durchaus nicht geneigt sind, den Bestimmungen des künftigen Friedenskongresses gewissermaßen vorzugreifen, ist eine Mitteilung, die von den Ereignissen überholt und niedrig ist.

Der deutsche Volkstrakt Westpolen fordert von der Regierung die Aufhebung aller gegen die Polen gerichteten Ausnahmemaße. Er fordert aber ebenso fest von den Polen, daß sie bis dahin jeden Druck, jede Drohung und jede Erregung der Bevölkerung gegen bestehende Verwaltungsformen und -maßnahmen unterlassen, denn gerade durch eine seit Wochen betriebene Werbetätigkeit der Polen ist es zu Handlungen gekommen, die nicht danach aussehen, als ob man bereit wäre, „auf dem Boden der jetzt bestehenden Verhältnisse weiterzuarbeiten“.

6. Um schärfen Gegensatz zu den Friedensserklärungen des polnischen Volkstraktes stehen die auf dem polnischen Landtage abgeleiteten Fühlungsprogramme an unsere ausgesprochenen politischen Feinde, eine Entschärfung, die im gegenwärtigen Augenblicke der tiefsten Demütigung unseres Volkes und zu einer Zeit, in der der Bürgerkriegsgebrand durch das Deutsche Reich hindurch als große Katastrophe gebrandmarkt und auf das allerhöchste zurückgewiesen werden muß.

Bald darauf kommt selbst in den Westpöleren Bezirken gar nicht mehr übersehen werden, daß sich die Verhältnisse zwischen Deutschen und Polen vermehren zuspitzen, daß mit einem offenen Aufstande der Polen gerechnet werden mußte. Da wählten die Westpöleren Volkstrakte eine Abordnung und schickten sie nach Berlin, um die Kriegserklärung über die Ursache an Deutschland zurückzuführen.

Es darf nicht übersehen werden, daß selbst die kraftlose Bewegung der Westpöleren Volkstrakte nirgends auch nur eine Spur von einem tätlichen Widerstande, geschweige denn von einem Widerstande mit den Waffen gegenüber den Polen verrät. Man wollte wohl den politischen Kampf um die Gleichberechtigung mit aller Schärfe führen, aber die Aufrechterhaltung der Ordnung und des staatlichen Zustandes verriet man die Absicht. Wo groß war die Achtung vor dem Recht der Erziehung und der Achtung vor den staatlichen Einrichtungen selbst in ihrer Heimat.

Gegenüber dieser vorbereitenden Arbeit waren die Volkstrakte in der Stadt Posen und ihrer Umgebung in der Organisation zunächst zurückgeblieben. Auch hier setzte mit dem Monat Dezember eine stärkere Werbetätigkeit ein. Überall traf man bei den Deutschen auch eine starke Werbetätigkeit zum Zusammenhaken. Die Vorbereitung der dem polnischen Landtage hatten die meisten die Augen geöffnet. Die Empörung war in den deutschen Kreisen allgemein und sehr groß. Dieser Augenblick mußte wahrgenommen, die Bewegung organisiert und einheitlich zusammengeführt werden. So fand man denn auch in Posen endlich den Mut, sich über das passive Verhalten der staatlichen Behörden völlig hinwegzusetzen und eigene Wege zu gehen. Die deutsche Volkstrakte nahm die Organisation auf und förderte sie in kurzer Zeit zuspitzend.

Auch in dem Reichsdistrikt hatte die Volkstraktenbewegung einen starken Aufschwung genommen. Die Verhältnisse lagen dort zwar anders. Der Rückhalt an den Garinnern war stärker als in den übrigen Teilen der Provinz Posen, dank den Vorhaben des stellvertretenden Generalkommandos des II. Armeekorps. Dafür aber war die politische Fortschrittlichkeit größer als in dem Reichsdistrikt. Der Krieg lag der Bezirk der politischen Agitation von Berlin aus offen. Dorthin kam man über Scheinart Einem, der in Posen verhaftet hatte, und entfaltete eine bemerkenswerte politische Tätigkeit. Diesen Juchanden ist zuzuschreiben, daß es dort trotz aller Verbahnungen nicht zu einem rechtzeitigen einheitlichen und kraftvollen Zusammenhaken der Volkstrakte gekommen ist. Erst die steigende Not führte zu gemeinsamer Tat.

Die Bewegung trotz aller Hindernisse gelangt werden, daß sich die Organisation in den deutschen Volkstrakten in einem verheißungsvollen Aufschwunge befand. Daraus ergab sich ganz von selbst die Forderung, die Volkstrakte für die ganze Provinz in einer einheitlichen Leitung zusammenzufassen. Die Stadt Posen war als Sitz dieser Zentralleitung der geeignete Mittelpunkt. Um diese Organisation durchzuführen und zugleich die Zustimmung sämtlicher Volkstrakte zu finden, dazu wurde ein Vertreter der gesamten Provinz nach Berlin geschickt für den 12. Dezember 1918 nach Posen einberufen. Das Ziel trat kann hier vorweggenommen werden. Auf der außerordentlich stark besuchten Vertreterversammlung wurde der Zusammenhaken aller polnischen Volkstrakte einstimmig beschlossen. Zur Durchführung ist der Beschluß nicht mehr gekommen. Die Ereignisse rissen die geplante Organisation in drei Teile auseinander. Die Westpöleren Volkstrakte und die Reichsdistrikt wurden später größtenteils wieder herbeigeholt, aber der polnischen Komplikation, wegen die Volkstrakte das befehlige Gebiet ihren Aufbau und Ausbau unter der polnischen Befehlsgewalt und Später unter der polnischen staatlichen Herrschaft unter Führung des polnischen Volkstraktes durchzuführen mußten.

Die Vertretertagung am 12. Dezember fand unter der Leitung des polnischen Volkstraktes, der zugleich führend in dem Bezirke Posen und Umgebung war. Es war dem Besuche notwendig und befohlen worden. Man wählte als Redner für die Darlegung der politischen Lage den Prof. Herrmann, der bis zur Revolution einen Lehrstuhl für Geschichte an der Akademie in Posen innehatte, für die organisatorischen Fragen den Regierungsrat Trose und für die Organisation der Frauenverbände und die Darlegung über Frauenfragen Frä. Eke. Die Richtung der Rede wurde im allgemeinen festgelegt. Man war sich klar darüber, daß es bei aller Wahrung der deutschen Interessen nicht auf einen Kampf gegen die Polen ankommen

könne. Allergrößter Wert sollte auf die Gefühlsheit der Meinung gelegt werden, damit die Verklammerung einen nützlichen Eindruck nicht nur bei den Vertretern hinterlassen, sondern auch bei die Regierung und vor allem auf die Polen ausüben sollte. Erregung gab es in der Vorbereitung eine Übertragung der polnischen Mitglieder konnten bei allem Entgegenkommen in der Form gar nicht übersehen werden. Das tritt auch in dem Bericht sehr deutlich hervor, der vor der Drucklegung durchgesehen und in einzelnen Stellen geändert worden ist. Er ist kurz nach der Verklammerung bei Reumeyer, Polen, erschienen und noch heute nachzulesen.

Die Angriffe aus der Verklammerung richteten sich gegen die Aufstellung des Prof. Herrmann, die auf allem Glanz in der Darstellung in gewissen Stellen unglücklich formuliert waren und durch den Mangel an politischer Haltung schärfsten Widerspruch erregten. Er führte in dem Schlussteile in freier Rede nach dem Berichtes nützlich folgendes aus:

„Die Zukunftsansprüche der deutschen Volkstrakte hängen naturgemäß von der Forderung ab: Was wird aus unserer Provinz? Welche Entscheidung wird die Friedenskonferenz über uns als Schicksal fällen? Wir müssen wissen, was wir keinen verhängnisvollen Situationen hingeben, mit aller Ruhe und Nüchternheit über Möglichkeiten in Auge fassen: einmal die, daß Polen innerhalb der Grenzen des deutschen Vaterlandes verbleibt und dann den Polen zum mindesten eine neugebende Autonomie gewährt wird, die uns allen Nachteil der nationalen Minderheiten aussetzt, oder zweitens, daß nach oder minder große Teile der Provinz abgetrennt werden müssen, in denen das polnische Vorkommen in der Provinz nicht auslandspolitisch von einem politierten Staatserzögerung zu halten ist, der in jedem polnischen Falle zum Schutze des Deutschen noch aufgerichtet werden würde. Die Erfahrungen der letzten Wochen lassen uns jedenfalls nicht allzu vertrauensvoll auf jene Coleranz bauen, welche die Polen so gern im Munde führen. An jedem Fall aber, wie immer das Schicksal unserer Provinz entschieden werden möge, ist der erste Zusammenhaken des Deutschen mit sich für die Gegenwart so vor allem für die Zukunft eine zwingende Notwendigkeit, will es sich nicht als wirtschaftlich, wirtschaftlich und politisch gegen die polnische Übermacht bräutern. Es ist bekannt, wie unzulänglich bisher dießhalb das Auslandsdeutschtum organisiert gewesen ist, und welche gewaltigen Verluste unser Volkstum dadurch in aller Herren Länder erlitten hat. Dieser Schicksal muß unsern eigenen Umständen wiederholt für uns sein, daß Teile der Deutschen unter polnischen Auslandsdeutschungen in einem polnischen Staate werden können. Unsere deutschen Volkstrakte sollen und müssen das Volkwerk erkennen, an dem alle Willen der slawischen Völker und alle auch noch so geschickten Versuche polnischer Assimilierungskunst sich brechen. Der erste Zusammenhaken mit dem Deutschen im Reiche und mit jenen Gruppen der Deutschen, die auszuscheiden unsere Provinz noch in einem etwasigen künftigen polnischen Reiche leben haben werden, muß unsern deutschen Volkstrakten die erforderliche Schärfe gegeben.“

Wir, die wir bei der Vorbereitung des Vertreterkongresses mitgewirkt hatten, hörten diese Ausführungen mit größter Enttäuschung. Nach der Vorbereitung sollte uns ihnen unmissverständlich herdergeben, daß trotz allem, was geschehen, die Aufgabe aller Deutschen ist, zusammenzuhaken. Umwender die schärfste Kritik an der polnischen Regierung, der Feindschaft gegenüber, noch die internationalen Einseitigkeit der Sozialdemokraten gingen uns in diesem Augenblicke etwas an. Wir standen in einem Kampf um Leben und deutsche Zukunft. Da konnte es nur eins geben, Aufruf zum Zusammenhaken aller deutschen Kreise zum Zwecke der Abwehr gegen wen auch immer es sei und, wenn nötig, auch mit den letzten Mitteln. Hier war das Gegenteil als Bild an die Wand gemalt. Der Hinweis auf den Erstschuß am Schicksal der Ausländer zum Schaden des eigenen Landes war nicht zu übersehen.

Um diese Ausführungen Herrmanns sollte sich denn auch mit vollem Recht der Widerspruch. Frau Trobenius, Berlin, war die erste, die in feinsinniger Weise, ohne die Rede direkt anzuführen, sich gegen den Geist der Ausführungen wandte. „Das deutsche Volk ist zusammengehören unter einer schweren, schweren Last. Es wird neue Kräfte jammern und sich erheben müssen, um so zu werden, die es nach der Freiheit zu fragen. Wir behalten in über Arbeit und festen Verhältnissen, das sind jedoch auch die Richtlinien für unsere Politik. Die ganze Welt soll es wissen, daß jeder Pulschlag unseres Landes gehört, das wir lieben mit einer Liebe, die keine Grenzen kennt, und mit einer Dankbarkeit, die unaussprechlich ist. Tausendmal eher sterben, als abtrünnig werden.“ Konkreter drückte sich der Schulrat Coppius, Wollstein, aus, wenn er sagte: „Wir ergreifen die Hand der deutschen Brüder in der Provinz. Wir wollen die Befreiung bewirken, das es ein anderes Ziel für einen Deutschen gar nicht geben kann.“ Der Waffner Heibicke, Posen, wurde noch deutlicher. Er legte Verwahrung dagegen ein, daß der Gedanke der Leitung Polens überhaupt zur Erörterung gestellt wurde. „Solche Resignation haben wir groß, wenn wir uns überhaupt die Frage vorlegen, was aus Polen wird. Wir wollen unsere moralische Kraft und wir neben unserer Bewegung die Stoffe. Es ist eine Verwahrung, die nicht nur moralischen Standpunkt aus, diese Frage zu tun, es ist auch politisch unklar. Was sollen denn diejenigen, in denen haben das Schicksal Polens liegt, was sollen sie denken, wenn sie leben, daß der Gedanke bei uns verbreitet ist, Polen könne geteilt werden. Was Waffnungen und Opferungen verlangen, das können auch wir verlangen, daß das Bestehende bestehen bleibt und Polen, das kulturell deutsch ist, ein Bestandteil Deutschlands bleibt.“ Unglücklicherweise nahm Prof. Herrmann zu seiner Verteidigung das Wort: „Schätzen

Sie mit ein Wort. Die heißen Herzen haben mit alle Temperament habe ich auch! Aber mir dürfen darüber die "Realpolitik" nicht außer Acht lassen. "Was von ihm weiß mich, daß seit dem 8. November 5. Oktober 1918 durch Stuch über diesen geländert werden ist, die uns solange blauen Dunst vorgemacht haben. Ich habe nur hypothetisch gesprochen. Wir müssen aber alle Essentialitäten berücksichtigen. Ich habe nicht geglaubt: Polen wird polnisch oder Polen wird geteilt, ich habe nicht so gemacht. Aber verlassen Sie den Boden der Gefährten nicht. Wir werden sonst genau solche Schenkklappenpolitik, wie die in Berlin, die ich und uns vier Jahre lang geküßelt haben. Diese Ausstellungen sind in dem anderen Verstand gemüßelt worden. Mit ihnen hätte es Prof. Herrmann vollends verschüttelt. Ein großer Teil der Bevölkerung fühlte sich beleidigt. Der nächste Redner, ein Sozialdemokrat, Kröhn, aus Soltau, wollte Prof. Herrmann beipflichten, er wurde niedergeschrien. Der Vortragende leitete die Erregung in geschickter Weise dadurch ab, daß er nach dem folgenden Redner die Ansprache abtrug und dem Reg-Rat Prose das Wort zu seinem Vortrag gab und sehr sachlichen Vorträge über die Organisation der Volkskräfte ab.

Die übrigen Ausführungen können hier übernommen werden, da sie wohl als Stimmungsbild Wert haben, aber in dem geschichtlichen Ablauf ohne Bedeutung geblieben sind. Dagegen ist es nötig, die Entschlüsse anzuführen, die der Vertretertag vorgelegt und einstimmig angenommen wurden. Die Entschließung zum Vortrag Herrmann lautet:

"Wir tausend Männer und Frauen, Vertreter und Mitglieder der deutschen Volkskräfte aus Stadt und Provinz Polen, haben heute in zehn maßvollen Kundgebungen ihren Zusammenstoß zu einem Provinzialvolksrat beschloßen.

Auf dem Boden der neuen staatlichen Ordnung will dieser Provinzialvolksrat die Interessen der 850 000 Polener Deutschen schützen und fördern. Er ist weder eine politische Partei, noch eine Kompromission gegen die Polen.

Die Pflege und Betätigung deutscher Gesinnung, die Verteidigung und Erhaltung deutscher Kultur, die Zusammenfassung der Deutschen aller Stände, Bekanntheit und Parteien sind seine Aufgabe.

Wir wollen unser Deutschtum in friedlichem Zusammenleben mit unseren polnischen Verwandten pflegen. Wir vermehren jede Politik, die geeignet ist, zwischen der deutschen und polnischen Bevölkerung ein gutes Verständnis zu legen. Wir fördern alle Bestrebungen, die unter Wahrung der nationalen und kulturellen Eigenart beider Bevölkerungssteile, ihre gemeinschaftliche Arbeit für das Glück unserer gemeinsamen Heimat in verständlichem Sinne ermöglichen.

Der Geist des Sokrates wird in unseren Reihen niemals lebendig werden.

Wir mit steigender Sorge haben mir deshalb in dem letzten Wochen das Vorgehen der Polen verfolgen können, das in dem Beschluß des Teilgebietstages vom 3. bis 5. Dezember d. J. seinen Höhepunkt fand.

Wir vermehren uns gegen jede Bevorzugung der Polen in dem von der Revolution geschaffenen Ämtern und Vertretungskörpern und fordern völlige Gleichberechtigung für die Deutschen im neuen Volksstaate.

Wir vermehren uns vor allem gegen die Entschlüsse des Teilgebietstages. Sie verweigern den Wortlaut und Sinn von Punkt 13 der Friedensbestimmung des Präsidenten Willson vom 8. Januar 1918. Sie haben der Entscheidung des Friedenskongresses tatsächlich vorgegriffen, einen Staat im Staate geschaffen und für ihn Gebiete beansprucht, welche in jahrhundertelanger deutscher Arbeit zu lebensnotwendigen Bestandteilen des Deutschen Reiches geworden sind.

Wir fordern die sofortige Einberufung der Nationalversammlung, von der allein mir die Entscheidung des Friedenskongresses, den Schutz der Deutschen im Osten erwarten."

An dem Präsidenten Willson wurde folgende Entschließung abgeleitet:

"Herr Präsident! Sie werden in diesen Tagen europäischen Boden betreten, um Ihrer Botschaft vom 8. Januar 1918 auf dem Friedenskongress Geltung zu verschaffen.

Punkt 13 Ihrer Friedensbestimmung ist in Gefahr! Auf ihrem Teilgebietstags vom 3.-5. Dezember 1918 haben die Polen Wortlaut und Sinn dieses Punktes dergestalt. Sie haben die Entscheidung des Friedenskongresses tatsächlich vorgegriffen, einen Staat im Staate geschaffen und für diesen Gebiete beansprucht, welche in jahrhundertelanger deutscher Arbeit zu lebensnotwendigen Bestandteilen des Deutschen Reiches geworden sind.

Wir tausend Männer und Frauen, Vertreter und Mitglieder der deutschen Volkskräfte aus Stadt und Provinz Polen protestieren heute in zehn maßvollen Kundgebungen auf das lauteste gegen die polnischen Übergriffe. Sie ermarren im Vertrauen auf Ihren Gerechtigkeitsglauben eine Auslegung von Punkt 13, die, entsprechend Ihren späteren Kundgebungen, mit dem Zerbrechen eines dauernden Rechtsfriedens vereinbar ist und damit ein künftiges friedliches Nebeneinanderleben von Deutschen und Polen ermöglicht."

Deutscher Volksrat der Provinz Polen."

Nach dem Vortrage Prose über Organisation der Volkskräfte wurde folgende Entschließung angenommen:

"Gegenüber dem festen Zusammenstoß der polnischen Bevölkerung der Provinz Polen in dem „Obersten polnischen Volksrat" ist

es unbedingt erforderlich, daß auch die gesamte deutsche Bevölkerung der Provinz sich zur Wahrung ihrer Rechte und Durchsetzung ihrer berechtigtesten Forderungen zusammenschließt und sich eine Vertretung schafft. Die schon gedachten Bemühungen des obersten polnischen Volksrates, deren Zweck der Schutz und die Förderung der Interessen der deutschen Bevölkerung ohne Rücksicht auf Unterschiede der Partei, des Bekenntnisses und des Berufs ist, können ihre Aufgaben mirksam nur erfüllen und ihre Ziele nur dann erreichen, wenn sie sich zu einem „Deutschen Volksrat der Provinz Polen" vereinigen und diesem die Vertretung der Interessen der gesamten deutschen Bevölkerung der Provinz übertragen."

Die Vertreterversammlung war im ganzen genommen eine impulsive Kundgebung. Sie den, der tiefer blickte, zeigte sich aber auch in ihren behobenen Bemühungen zum Zusammenstoß mit ganz Schmeide der Loge des Deutschtums in Polen.

Vielleicht nur nirgends im Deutschen Reich die Verwaltung so streng organisiert wie in der Provinz Polen. Sie hätte zu dem besten verordneten Teilen Deutschlands. Auf der Stärke der staatlichen Verwaltungsorgane beruhte zugleich ein wesentlicher Teil der Kraft des Deutschtums. Aber Polen galt als durchwegs konfessionell. Nirgends wie nach Polen schickte darum die Revolutionsregierung einige Bataillone ausgesuchter Revolutionäre zur Befestigung der Stellung. Sie kamen, entzündeten den befristeten und schloßen Verbindungen des Reiches und der Provinz. Die Bataillone und S.-Rotes, der war seiner Zusammenfassung nicht anders war als eine frisierte polnische Körperschaft, die alle Macht in die Hände der Polen hinüberriefte. In diesen Vorgängen liegt einer der entscheidenden Punkte in der Vorbereitung des polnischen Aufstandes und zugleich die größte Schwächung des Deutschtums.

Gewohnt, regiert zu werden und den Behörden die politischen Sorgen zu überlassen, stand das Deutschtum plötzlich nach der doppelten Niederlage im Felde und in der Heimat wie betäubt da. Die alten Grundlagen seiner Kraft, die Monarchie und die Macht der staatlichen Behörden, waren ihm genommen worden. Die neue Form für die staatliche Ordnung, die auf den Rechten der Völker aufzubauen werden sollte, war noch nicht da. Die Möglichkeit, sie zu finden, war für das Deutschtum durch den plötzlichen Aufbruch der polnischen Macht verlohren. Diesen Augenblick der Betäubung, Verwirrung und Kraftlosigkeit hatten die Polen benutzt, sich mit Hilfe der deutschen Revolutionäre in die Macht zu setzen. Sie hatten sich über 50 Jahre auf diesen Augenblick vorbereitet, waren wohl organisiert, bis in die kleinste Einzelheit, die sich auch bei den polnischen Revolutionären geführte, unterstützt und angetrieben durch die übermächtigen Verbündeten, die an Geldmitteln nicht sparen, und im Grunde mit den dunklen revolutionären Mächten im Deutschen Reiches selbst.

Das Deutschtum war auch politisch noch wenig gefestigt. Entgleisungen, wie die des Professors Herrmann, konnten bei einiger Aufmerksamkeit leicht vermieden werden. Sie zeigte aber sehr deutlich, in welcher Verwirrung selbst die gebildeten und gebildeten Stände waren. Prof. Herrmann fand nicht allein da. Schmerzer moog für die Zukunft ein anderes. An demselben Augenblicke, in dem die Polen in ihrer Agitation die Saiten der deutschen Volksajung bedenkliches umfährten (siehe das Buch: Über das Deutschtum in Westpolen, Polen 1919) arbeiteten die Deutschen auch auf dieser Vertreterversammlung immer noch mit den „objektiven" Zahlen der Volkszählung und bemerkten gar nicht, wie groß das Unrecht war, das sie sich selbst damit taten, da in den Grenzgebieten sich Sprache und Volkszugehörigkeit durchaus nicht zu denken brauchten. Es fehlte noch der Glaube an die liegende Gewalt der deutschen Kultur, der in der Abhängung in Opposition die „objektiven" Zahlen glänzend richtigstellte und ebenso in Oberbesitz, trotz der Hilfe der russischen Bajonette und anderer Machtmittel der Verbündeten, die fomie der Barbarei der polnischen Kerkerrufen. Dieser Gedanke wurde aber in Polen durch die „objektiven" Zahlen geradezu erdrückt. Auch hier hätte eine Abstimmung zu überfallenden Resultaten geführt und das künstliche Gewände der polnischen Agitationsreden über den Hausen gerissen. Und dennoch zeigte die Vertretertagung trotz alledem, daß wir vor dem Aufbruch neuer Kräfte standen.

Bei der Tagung darf die äußere Aufmerksamkeit nicht außer Betracht gelassen werden. Sie ist für die geschichtlichen Aufstuf der nachfolgenden Ereignisse jedenfalls von größerer Bedeutung gewesen, als die Beratungen selbst. Schon das äußere Bild der Stadt wie auf ein etwas Besonderes hin. Sie war reich besagelt. Langwe, wie die am 12. Dezember, hatte die Stadt in ihrer Massenentzündung wohl überhaupt noch nicht gesehen. Was gefühl, gefühl meist ohne Vorbereitung, aus dem Gefühl der Zusammengehörigkeit heraus und mit dem darum, daß wir haben der deutsche Volksrat der Provinz Polen neben der Vertreterversammlung auch an öffentliche Versammlungen mit Vorträgen befaßt, was aber später eintrat, ging lo sehr über das Maß des Erwarteten hinaus, daß es die größte Aufmerksamkeit auf sich zog. Darum mag hier eine kurze Darstellung der äußeren Umrahmung folgen.

(Fortsetzung folgt.)

„Am 12. November 1933 gibt es, den 9. November 1918 wieder gutmachen.“ Wilhelm Kube.

Preuß. Staats-Lotterie

Lose 2. Kl. am 15. u. 16. November

Zu haben bei **Staat. Lotterie-Einnahmer**

Süwinna, Berlin W 35,
Potsdamer Str. 116 a.
Ecke Lützowstraße.

früher in Kattowitz, O.-S. Tel. Lützow 3086.

Personliche Nachrichten.

Paul Caskowsky 50 Jahre alt.

Wie wir schon kurz melkten, beging der Ortsgruppenführer **Paul Caskowsky**, ein Ostpreussener, am 15. d. M. seinen 50. Geburtstag. Bekannt wurde sein Name vornehmlich im polnischen Umkreis. Als Mitglied des Kreisvolksrats Meseritz, als Freiwilliger im Kreisvolksrat Ost, als Mitarbeiter beim Heimatbund „Polen-Heimlinge“ trat er mit Wort, Schrift und Tat für seine „Polener Heimat“ (er ist in Hohensalza geboren) ein. Mit Dr. Strojilow u. d. h. a. d. des Schriftstellers **Matthias** wurde er Begründer der freien Ostmärkischen Volksbildungsvereine, an der er mehrere Semester lehrte und für die er in zahlreichen Vorträgen auch außerhalb der Grenzmark „Polen-Heimlingen“ warb. In vielen Aufsätzen behandelte er politische und kulturpolitische Fragen des Ostens und leitete das berufliche Vorgehen des Vereines. Die „Polener Heimat“ ist ihm eine heimatliche Ahnung. Im Blick führt er die Ortsgruppe des VVO, und wirkt seit langem für die Erziehung der Jugend im ostmärkischen Sinne. — Der Bundesführer hat seinen alten Mitkämpfer telegraphisch herzliche Wünsche übermittelt.

Buchbesprechungen.

Wittchen Gabe. Von G. Wittchen. Berlin 12 1/2 Mark. 120 Seiten. Verlag Freytag, Bergler u. L.

Sieer meinen diese Bücher und Mitarbeiter sind ähnlich auf diese lebendige Schätzung des Ostens und Kampfes unserer Schwestern hin. Nicht nur die Ereignisse, sondern auch die menschliche Seite, sollte diese Bücher weihen und stark für eigene Rungen um die Erweiterung des Nationalbewusstseins der Ostländer. Die Ostländer sind nicht zu diesem Ende der Schriftsteller, sondern sie sind die Träger der Kultur und der Arbeit. Sie sind die Träger der Kultur und der Arbeit. Sie sind die Träger der Kultur und der Arbeit.

Landmanns-Bilder.

Der erste Band der **Landmanns-Bilder** ist ein Bild der Ostländer. Die Ostländer sind die Träger der Kultur und der Arbeit. Sie sind die Träger der Kultur und der Arbeit. Sie sind die Träger der Kultur und der Arbeit.

Am Sonntag, dem 5. 11. 33, verfiel mich aus arbeitsreichen, gelegentlich mitten heraus im 74. Lebensjahre mein innig geliebter Mann, unser heizungsguter, treuliebender Vater u. Großvater, der Wipoljefenbesitzer, Hauptm. d. V. u. d.

Walter Reinhard

Inhaber des Eisernen Kreuzes und anderer Orden.

Dies zeigt in tiefstem Schmerz im Namen der Hinterbliebenen an

Frau Johanna Reinhard
geb. Frein u. Sedenhorff.

Cottbus d. 6. 11. 33, Sonnabendfr. 4 (früher Birnbaum).

Ich bin ein einziger, bestehender Vertreter der Ostländer. Mein Mann war ein Mann des Ostens, lebte und arbeitete in Ostpreußen. Er war ein Mann des Ostens, lebte und arbeitete in Ostpreußen. Er war ein Mann des Ostens, lebte und arbeitete in Ostpreußen.

Notiz für Bevölkerungswissenschaftler und Sozialwissenschaftler

Das Reichsministerium für Bevölkerungswissenschaften und Sozialwissenschaften hat eine allgemeine Untersuchung der Bevölkerungswissenschaften in Ostpreußen durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

Der erste Eindruck ist der Wandel nach der Wahl. Deshalb verwendet die erprobte Praxis auf die Zubereitung der einzelnen Suppe besondere Sorgfalt. Diese Mühe, vor allem das vertrauensvolle Juristen, ist für heute abgenommen. Denn sie wirkt ohne viel Umstände und ist wenig Geld möglich die Lieferanten, die zum verarbeiteten Genuß verarbeitet wurden. Magis Suppen (in den bekannten gelb-roten Würfel). Die reiche Sortenauswahl bietet zugleich angenehme Abwechslung.

Ostmärker! Provisionsfrei! Glänzende Existenzen!

Anzahlung M.

- Gesellschaftsgr. (4 Stockwerke) im Brennpunkt d. Verkehrs von Pignis 100 000
- Erweiterungsgr. u. Gutsausbaugrundstück in der Nähe von Glesau 10 000 und Wohn- u. Geschäfts-Gr. in Freiburg (Breisg.) 27 500
- Landhaus m. Wirtschaftswald in Württ. 18 000
- Grdl. f. Fabrikationszwecke od. als Jugend- od. Konfektionsheim geeignet, im schönsten Teile d. Elbegebirges 12 000
- Villa m. jögl. Komf. in bekannt. deutschen Kurort a. Bodensee Kurhaus an der Peripherie von Dresden (mod. Stil) 30 000
- Willengr. m. pr. d. Gemischtgüter- u. Waren sowie eigenem See in Oberbay. nahe Garlmilch-Dorfenkette 100 000
- Denkmal (20 Räume) in Gernrode (Hort) 15 000
- Fabrikgr. geeignet, i. Einricht. einer Reparatur-Werkst. mit Tankk., in Oppeln, 30 000 bis Fabrikgr. m. Wohnhaus-Villa in Ind.-Ort d. Erzgeb. u. Vereinig. 35 000
- Villa mit Aussicht a. d. Rhein, nahe Wiesbaden, Mainz und Frankfurt a. M. 25 000
- Villa in vornehmster Lage von Glesau m. Nebengebäuden 12 000
- Denkmalgr. (Festungsanlage, Volkshaus) in d. Reumark 18 000
- Wohn- u. Geschäftshaus an der Peripherie v. Berlin m. Kolonialwarengesch. einfl. Sitale a. gl. Ort in Randgebiet 15 000
- Reparatur- (Kartenschieber) m. gl. landwirtschaftl. Betrieb in Kreile Pyritz 25 000
- Landhaus-Villa i. d. bekannten Solbad Köpen 19 000
- Landhaus-Villa i. oberbay. Stil i. bekannt. oberbay. Sommerfrischort 19 000
- 6-Zimmer-Wohns. m. gemerb. Kümm. i. Meckl., nahe Karow Hofbereich. Willensst. Nähe Dresden 12 000
- Wollst.-Hotel i. Ranges in Dresden (60 Zimmer), Dachgeschoss 50 000
- Wohn- u. Geschäftshaus m. verkäuflicher od. i. verpachtbarer Dampföfen, in Dresden, u. Vereinig. Willengr. (Jagdbau) i. d. Dübener Heide, Dorado f. Jäger Wohns. m. Reparaturwerkst. (Kartenschieber) in Erimmberg 10 000
- Reparaturgr. (11 Fremdenzimmer, Saalgebäude) in Serch am Schmelzsee 30 000
- Gesellschaftsgr. (Kolonialwaren, Eisenwarenverhlg.), 1/2 Std. von Berlin entfernt 20 000
- Wohngr. m. Natur- u. Jagd- u. Reparaturwerkst. in polst. Stadt 10 000
- Dampföfenherst. in gemieb. Räumen in Magdeburg 5000 bis Fabrikgr. m. Wasserkraft in Korbberg 20 000
- Wohngr. in Wulterhagen (Dommern) 8 000

Bild-Prospekte kostenlos durch:

KOCH & Co., Berlin W 35
Dörnbergstraße 1. Tel. B2 Lützow 5933.

Aufbaukredit

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G.m.b.H.

Berlin W 30, Mohlstraße 22. Tel. B 5 Barbarossa 9061.

Verwertung von

6% Reichsschuldforderungen

durch Verkauf und Beleihung (im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel)

Beratung in Vermögensanlagen

und allen Kreditangelegenheiten

Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte

Besucht den Deutschen Osten!